



Protokoll

Sitzung der Stadtvertretung der Residenzstadt Neustrelitz

Sitzungstermin:	Donnerstag, 05.02.2026
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:03 Uhr
Ort, Raum:	Rathausaal, Markt 1, 17235 Neustrelitz

Anwesend

Präsidium

Max Odebrecht
Stella Schüssler

Mitglieder

Jakob Arlt
Thies Bussert
Andreas Butzki
Christian Czollek
Dr. Thomas Fiß
Lothar Gaida
Oliver Hahn
Kerstin Heinrich
Frank Herrmann
Mathias Kriewald
Valentin Lunkenheimer
Christina Marschall
Guido Pauly
Andreas Petters
Daniel Priebe
Hubertus Roloff
Andreas Siebeck
Kathleen Supke
Carolin Töllner-Lichterfeld
Martin Henze
Thomas Hildebrandt
Hagen Häusser-Nixdorf

Patrick Scholz
Sven Zachmann

Abwesend

Präsidium
Daniela Preuß

entschuldigt

Mitglieder
Christoph Poland
Karsten Dudziak

entschuldigt
entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|--|----------------|
| 1 | Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Einwohnerfragestunde | |
| 3 | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 4 | Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil | |
| 5 | Informationen des Bürgermeisters zu wichtigen Angelegenheiten der Stadt Neustrelitz | |
| 6 | Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter | |
| 7 | Bekanntgabe Neubesetzung Ausschüsse | |
| 8 | Beteiligungsbericht 2024 der Residenzstadt Neustrelitz | IV/2026/147 |
| 9 | Haushaltsplan 2026/2027 der Erwin-Hemke-Stiftung | VO(S)/2026/142 |
| 10 | Grundsatzbeschluss zur Einführung einer Zweitwohnungssteuer | VO(S)/2026/141 |
| 11 | Annahme einer Sachspende (Erhöhung) | VO(S)/2026/140 |
| 12 | Überprüfung und Anpassung der Verkehrssituation in der Glambecker Straße | VO(S)/2026/148 |
| 13 | Einführung einer digitalen Bezahlungsmöglichkeit für Parkgebühren (Prüf- und Umsetzungsauftrag) | VO(S)/2026/149 |
| 14 | Haushaltsbegleitende Maßnahmen ab 2026 | VO(S)/2026/150 |
| 15 | Wirtschaftliche und ökologische Ausgestaltung der Straßensanierungsarbeiten in der Augustastraße | VO(S)/2026/152 |

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Stadtpräsident bittet vor Beginn der Sitzung um eine Schweigeminute für Herrn Rolf-Dieter Kadgien, welcher Anfang Januar verstorben ist und 20 Jahre Stadtvertreter der Residenzstadt Neustrelitz war.

-Schweigeminute-

Anschließend eröffnet Herr Odebrecht die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest (Zum Sitzungsbeginn sind 25 von 29 Stadtvertretern anwesend). Somit ist die Stadtvertretung beschlussfähig.

2 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wird wie folgt in Anspruch genommen.

sachkundiger Einwohner Herr M.:

1. Am Alex in Strelitz-Alt sind die Bushaltestellenwartehäuschen nicht vorhanden. Diese konnten wohl witterungsbedingt nicht gebaut werden. Warum und wann werden sie gebaut und welche Kosten entstehen zusätzlich, da ja bereits alles gepflastert ist?

2. Der Presse war zu entnehmen, dass mehrere Sirenen in Neustrelitz errichtet werden, auch in der Kalkhorst (diese steht aber schon lange). Wie werde ich als Bürger der Stadt Neustrelitz geschützt, welche Maßnahmen werden ergriffen, damit ich mich sicher fühlen kann, wenn die Sirenen gehen und dann aus dem TV zu erfahren ist, das mit einem Luftangriff gerechnet werden muss.

Herr Dr. Fiß stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, sich auf Fragen zu begrenzen.

In diesem Zusammenhang erklärt Herr Odebrecht, dass gesetzlich geregelt ist, dass nicht nur Fragen gestellt, sondern auch Statements abgegeben werden dürfen.

zu 1.) Herr Grund erklärt zum Alex, dass der Aufbau der Wartehäuschen sowie auch die Bänke, Papierkörbe, Bepflanzung etc. erfolgen wird, wenn die ausführenden Firmen das Wetter für richtig erachten. Die Kosten können nach Abschluss auch gern in der Verwaltung eingesehen werden. Sollten Mehrkosten durch Mehraufwand entstehen, muss die ausführende Firma diese tragen.

zu 2.) Zu den Sirenen erklärt Herr Grund, dass intensiv am Zivil- und Katastrophenschutzkonzept gearbeitet wird und macht einige Ausführungen dazu. Zum sogenannten Warnmittelmix haben wir im „ECHO“ bereits informiert. In den nächsten Wochen werden wir das fortsetzen.

Einwohnerin Frau S.:

1. Was hat die Stadt bisher unternommen, um die Grundstückseigentümer anzumahnen, damit sie ihrer Schneeräumpflicht/Streupflicht nachkommen?

2. Die Schloßstraße 1 ist überhaupt nicht mehr gesichert (Kinder spielen darin). Hat die Stadt den Eigentümer darauf hingewiesen, dass dieser das Haus verschließen sollte?

zu 1.) Hier erklärt Herr Odebrecht, dass er diesbezüglich auch eine Anfrage an die Verwaltung gestellt hat und im Laufe der Sitzung erfolgt dazu noch eine Antwort. Der Bürgermeister fügt an, dass auch im letzten Strelitzer Echo ein Artikel dazu erschienen ist.

zu 2.) Zur Schloßstraße kann momentan nichts gesagt werden, wird aber mit in die Verwaltung genommen und geprüft.

Einwohner Herr W.:

Wann lassen Sie, Herr Bürgermeister, das Vorantragsformular für Zuwendungen zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur vom LFI für den Schlossturm ausfüllen und es beim LFI einreichen? (Die benötigten Informationen liegen vor.) Wenn nicht, was würde Sie dazu veranlassen?

Antwort der Verwaltung im Nachgang der Sitzung:

Die Stadtvertretung Neustrelitz hat die Prüfung und Erarbeitung einer alternativen Variante für eine mögliche Schlossbergbebauung beschlossen und die Verwaltung damit beauftragt. Sobald ein Ergebnis vorliegt, muss mit der Vertretung besprochen werden, wie es weitergeht. Für einen Förderantrag bräuchte es eine konkrete Beauftragung und die Einplanung der entsprechenden Eigenmittel in den Haushalt 2026.

Bis wann stellen sie mir den detaillierten Bauteilkatalog der Sandsteinelemente vom Schlossturm inkl. deren Kosten zur Verfügung? Benötigt werden diese Informationen für die Spendensammlung.

Ist die Stadtvertretung bereit einen Bürgerentscheid zum Schlossturm auch ohne Unterschriftensammlung zu beschließen? Terminvorschlag: 20.09.2026 zur Landtagswahl

Antwort der Verwaltung im Nachgang der Sitzung:

Solange nicht grundsätzlich ein konkretes Bauprojekt für den Schlossberg beschlossen worden ist, wird und darf es keine Spendensammlung geben. Projektunterlagen der Stadt werden grundsätzlich nicht in private Hände abgegeben. Der Justitiar der Stadt hat Sie hinsichtlich dieser Thematik bereits beraten. Kommen Sie gern auf mich zu, wenn Sie weitere Fragen zum Verfahren haben.

Herr Grund erklärt dazu, dass er im Zuge seiner wichtigen Informationen zum Schlossberg informieren wird.

Herr Odebrecht fügt zum Bürgerentscheid an, dass es jeder Fraktion freisteht, einen Antrag auf einen Bürgerentscheid zu stellen.

Einwohnerin Frau K.:

Fragt nach, was dagegen getan werden kann, dass Hausnummern schlecht beleuchtet sind.

Die Anfrage wird mit in die Verwaltung genommen (Beispiele werden gern entgegengenommen).

Antwort der Verwaltung im Nachgang der Sitzung:

Die Satzung über die Hausnummerierung in der Stadt Neustrelitz (Hausnummernsatzung) wurde im Jahre 1997 beschlossen und gilt seitdem unverändert.

Nach § 4 Abs. 1 der Hausnummernsatzung sind die Hausnummernschilder so anzubringen, dass sie von der Straße aus deutlich sichtbar sind.

Eine nähere Beschreibung des deutlich Sichtbarmachens findet sich in der Hausnummernsatzung nicht. Insbesondere findet sich keine ausdrückliche Pflicht zur Beleuchtung. Und auch der Landesgesetzgeber hat in der LBauO keine Anforderungen vorgesehen. Auch in § 51 StrWG M-V, der sich explizit mit der Anbringung von Hausnummern beschäftigt, findet sich dazu keine Aussage.

Grundsätzlich wird man verlangen können, dass die Schilder in ausreichender Größe, gut lesbar von der Straße aus zu erkennen sein sollen.

Es ist nach dem Sinn und Zweck dieser Vorschrift zu fragen. Nach § 2 der Hausnummernsatzung dient die Kennzeichnung der Gebäude dem richtigen und sicheren Auffinden des gewünschten Zielortes für den Bürger, den Katastrophenschutz und den Rettungsdienst sowie der örtlichen Zuordnung des Gebäudes für den Einwohnermeldenachweis, die postalische Zustellung etc.

Hier mag angenommen werden, dass diesem Ziel nur dann rund um die Uhr entsprochen wird, wenn die Schilder auch in der Nacht zu erkennen sind.

Solche Anforderungen dürften aber doch überzogen sein.

War eine Beleuchtungspflicht schon früher nicht erwartet worden, gilt das heute umso mehr. So sind die Hausnummern systematisch vergeben worden. Und gerade Rettungsdienste und Katastrophenschutz, aber auch die Zustelldienste fahren nach Navigationsgeräten, die neben den Orts- und Straßenangaben auch Hausnummern anzeigen. Besteht dann am konkreten Objekt ein Zuordnungsproblem, kann die Straßenbeleuchtung oder zur Not eine Taschenlampe helfen. Sind die Schilder in ausreichender Größe von der Straße aus zu erkennen, wird dem Ziel entsprochen.

Tatsächlich steht die Beleuchtung im überwiegenden Interesse der Hausbewohner und kann nicht über die aktuelle Hausnummernsatzung durchgesetzt werden.

Ab hier nimmt Frau Supke teil. Somit sind nunmehr 26 Stadtvertreter anwesend.

sachkundiger Einwohner Herr R.:

1. Die prekäre Haushaltssituation ist allen bekannt und aus diesem Grund regt Herr R. an, dass durch die Verwaltung in jeder Sitzung der Stadtvertretung (z.B. in den Informationen des Bürgermeisters) zum Stand des Haushaltes informiert wird.

2. Die Deutsche Bank hat nun die Filiale in Neustrelitz geschlossen und auch die Automaten sind weg. Auch hier wird angeregt, dass der Bürgermeister im Interesse der Bürger einen offenen Brief an die Deutsche Bank formuliert.

zu 1.)

Herr Grund führt zu den Haushaltsinformationen aus, dass es nicht zu leisten ist, alle sechs Wochen einen aktuellen Stand zu übermitteln und auch ist die Sitzung der Stadtvertretung dazu nicht der richtige Rahmen, eher der Finanzausschuss.

Die Stadtvertretung kann dies auch zur Kenntnis nehmen und eventuell ein Format (quartalsmäßig oder halbjährlich) für eine solche Information nennen.

zu 2.)

Hinsichtlich des Briefes an die Deutsche Bank, kann sich gern zusammengesetzt und ein Brief entworfen werden, so Herr Grund, jedoch darf man darin keine große Hoffnung setzen. Hier handelt es sich um eine Entwicklung in ganz Deutschland (siehe auch Nordkurierartikel 27.01.2026).

3 **Änderungen zur Tagesordnung**

Es gibt keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung.

4 **Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil**

Die Beschlüsse hängen im Sitzungssaal zur Bekanntmachung aus.

5 **Informationen des Bürgermeisters zu wichtigen Angelegenheiten der Stadt Neustrelitz**

Die Informationen des Bürgermeisters liegen allen Stadtvertretern schriftlich vor (im ALLRIS als Anlage zur Sitzung).

6 **Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter**

Herr Odebrecht hatte folgende Anfrage an die Verwaltung gestellt:

Welche Maßnahmen ergreift die Stadt, um die Einhaltung der Straßenreinigungssatzung sicherzustellen?

Das Amt für Ordnung und Sicherheit (AOS) hat zu dieser Anfrage wie folgt Stellung genommen:

Für die Erarbeitung der Straßenreinigungssatzung und die Verantwortung nicht auf den Anlieger übertragener Räumpflichten zeichnet das Amt für Hoch- und Tiefbau verantwortlich. Das AOS kann die Streu- und Räumpflichten der Anlieger überprüfen und zur Reinigung auffordern.

Streu- und Räumpflichten

Nach der Straßenreinigungssatzung ist die Räum- und Streupflicht auf den Gehwegen u.a. an dem Eigentümer oder Wohnberechtigten der anliegenden Grundstücke übertragen. Gehwege sind auf einer Breite von 1,50 m von Schnee und Eis in der Zeit von 7.00 bis 20.00 Uhr unverzüglich zu befreien, nach 20.00 Uhr gefallener Schnee bis 7.00 Uhr des folgenden Tages zu entfernen. Soweit in Fußgängerzonen und in verkehrsberuhigten Bereichen Gehwege nicht vorhanden sind, gilt als Gehweg ein Streifen von 1,50 m Breite entlang der Grundstücksgrenze. Gehwege sind auch solche, die zugleich als Radweg ausgewiesen sind.

Aktuelle Situation Gehwege

Durchschnittlich erreichen den Innendienst des AOS 1-2 Beschwerden von Bürgern, denen nachgegangen wird. Die Politessen (momentan nur 2 Vollzeitäquivalente) kontrollieren auf den täglichen Streifen die Gehwege, vorwiegend die stark frequentierten, wie Markt, Strelitzer Straße oder Zierker Straße und werfen entweder grüne Briefe in den Hausbriefkasten, mit denen die Anlieger höflich aufgefordert werden, zu handeln oder sie machen Meldung an den Innendienst, um von hier möglicherweise auch Verwarngelder zu erheben. Das Handeln ist nicht immer einfach, denn vielfach kann nicht einfach ein Brief in den Briefkasten geworfen werden, weil der Bewohner des Hauses nicht immer auch der Verkehrssicherungspflichtige ist. Das heißt, der Eigentümer muss erst ermittelt werden. Wer selbst in der Pflicht ist, weiß jedoch auch zu berichten, dass der Winterdienst momentan wegen der Hartnäckigkeit der Eisdecke schwer zu bewältigen geht. Sich mit Schuhwerk und Kleidung den Witterungsbedürfnisse anpassen, ist ein ebenso allgemeines Gebot.

Herausforderung für den Regiehof

160 km Straßen, 31 km Geh- und Radwege und 3.500 m² Bushaltestellen und Treppen sind zu beräumen, so dass die Mitarbeiter des städtischen Regiehofes ständig im Einsatz sein dürften. Die Straßen in der Reinigungsklasse 1 und 2 haben Vorrang gegenüber der Klasse 3, weil hier mehr Fuß- und Straßenverkehr abgewickelt wird, den es zu ermöglichen gilt. Die Straßen in der Reinigungsklasse 3 werden wegen ihrer untergeordneten Bedeutung für die Verkehrsabwicklung nur bei Gefahren für die öffentliche Sicherheit durch den Regiehof geräumt. Es gilt Prioritäten zu setzen. Das Funktionieren der öffentlichen Infrastruktur hängt von der Freihaltung des Hauptwegenetzes ab. Straßen mit nebenrangiger Bedeutung für die Infrastruktur können u.U. gar nicht erreicht werden oder zu einem späteren Zeitpunkt.

Herr Grund fügt abschließend dazu an, dass in Auswertung dieses Winters sicher die Straßenreinigungssatzung überprüft und überarbeitet werden sollte.

Herr Odebrecht bedankt sich in diesem Zusammenhang bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Regiehofs!

Herr Henze:

In Bezug auf die Drogenrückstände im Abwasser fehlen Informationen zum weiteren Werdegang (weitere Beprobungen), damit die Stadt nicht noch weiter in schlechtes Licht gerückt wird.

Dazu erklärt Herr Grund, dass der Ausschuss für Bildung und Soziales informiert wurde und sich weiter mit der Angelegenheit befassen wird. Hier streben wir eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis MSE an, soweit es die Drogenproblematik betrifft. Fest steht, dass auch präventiv etwas getan werden muss (z.B. an Schulen).

7 Bekanntgabe Neubesetzung Ausschüsse

Bekanntgabe Neubesetzung der Fraktion PuLS/LINKE/GRÜNE

Ausschuss für Kultur und Tourismus

Mitglied

Stella Schüssler
Martin Ribbeck (**neu**)

stellvertretendes Mitglied

Oliver Hahn
Christina Marschall

8 Beteiligungsbericht 2024 der Residenzstadt Neustrelitz

IV/2026/147

Der Bericht wird durch die Stadtvertretung zur Kenntnis genommen.

Zu diesem Beschluss gibt es keine Anfragen bzw. Anmerkungen.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die Haushaltssatzung 2026/2027 einschließlich der dazu gehörenden Anlagen für die Erwin-Hemke-Stiftung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Stimmberechtigte Mitglieder Gesamt: 29		Anwesend: 26
Ja-Stimmen: 24	Nein-Stimmen: -	Enthaltungen: 2

10 Grundsatzbeschluss zur Einführung einer Zweitwohnungssteuer

Herr Grund gibt noch einige Erläuterungen zu diesem Beschluss.

Herr Bussert erklärt, dass die AfD-Fraktion diesen Beschluss kritisch sieht, deshalb nicht zustimmen wird und begründet dies.

Herr Dr. Fiß fügt an, dass dieser Beschluss durch die Fraktion PuLS/LINKE/GRÜNE unterstützt wird.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt

- die Einführung einer Zweitwohnungssteuer zum 01.01.2027 ggf. auch rückwirkend,
- die Aufnahme einer Personalstelle im Stellenplan ab 2026 mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 20 Stunden befristet für zwei Jahre.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Stimmberechtigte Mitglieder Gesamt: 29		Anwesend: 26
Ja-Stimmen: 19	Nein-Stimmen: 7	Enthaltungen: -

11 Annahme einer Sachspende (Erhöhung)

Zu diesem Beschluss gibt es keine Anmerkungen bzw. Anfragen.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die Annahme einer Sachspende in Ergänzung zur Beschlussvorlage VO(S)/2024/909

Spenderin: Hannelore Raemisch

Spendenhöhe: 2.028,95 € (Beschlussvorlage VO(S)/2024/909 mit 1.500,00 €)

Spendengegenstand: Hockerbank mit plattdeutschem Schriftzug

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Stimmberechtigte Mitglieder Gesamt: 29		Anwesend: 26
Ja-Stimmen: 26	Nein-Stimmen: -	Enthaltungen: -

12 Überprüfung und Anpassung der Verkehrssituation in der Glambecker Straße

VO(S)/2026/148

Herr Bussert fragt an, ob nicht, wenn die Schwelle nicht ganz entfernt wird, der Halbsatz im Beschluss - *oder alternativ die vollständige Entfernung* – gestrichen werden soll.

Dies wird durch Herrn Petters verneint.

Herr Ruhmer gibt folgende Erläuterungen.

zu Punkt 1) Der Rückbau der Parktaschen soll bis 31.03.2026 erfolgen, vorausgesetzt die Witterung lässt dies zu.

zu Punkt 2) Die Schwelle soll um zwei Zentimeter in der Höhe reduziert werden (bis 30.06.2026 – vorausgesetzt der Haushalt wird genehmigt), durch setzen anderer Rampensteine und Anpassung der Fahrbahn.

zu Punkt 3) Die Bank wurde bereits entfernt.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beauftragt den Bürgermeister, die Verkehrssituation in der Glambecker Straße unter besonderer Berücksichtigung des Busverkehrs und der Verkehrssicherheit zu überprüfen und folgende Maßnahmen vorzubereiten und umzusetzen:

1. Die Anzahl der Parktaschen ist mindestens in einer Fahrtrichtung zu reduzieren, zumindest jedoch im Bereich der Bushaltestelle, um einen reibungslosen Busverkehr sowie sichere Ein und Ausstiegsprozesse zu gewährleisten.
2. Die im Kreuzungsbereich Louisenstraße/Glambecker Straße vorhandene Schwelle (Rampensteine) ist auf ihre Höhe und Ausführung zu überprüfen. Ziel ist eine Reduzierung der Höhe oder alternativ die vollständige Entfernung, sofern dies aus verkehrssicherheitsrechtlicher Sicht vertretbar ist.
3. Die Sitzbank im Bereich der Bushaltestelle ist zu entfernen oder an einen anderen geeigneten Standort zu versetzen, um das vollständige Ausklappen der Rampe für Rollstuhlfahrer, Kinderwagen und mobilitätseingeschränkte Personen zu ermöglichen.

Die im Zusammenhang mit der Umsetzung entstehenden Kosten sind zu ermitteln und der Stadtvertretung im Rahmen eines Umsetzungsvorschlages darzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Stimmberechtigte Mitglieder Gesamt: 29		Anwesend: 26
Ja-Stimmen: 23	Nein-Stimmen: -	Enthaltungen: 3

13 Einführung einer digitalen Bezahlmöglichkeit für Parkgebühren (Prüf- und Umsetzungsauftrag)

VO(S)/2026/149

Zu diesem Beschluss gibt es keine Anfragen.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beauftragt den Bürgermeister, die Einführung einer digitalen Bezahlmöglichkeit für Parkgebühren über externe Dienstleister zu prüfen, die hierfür entstehenden Kosten zu ermitteln und das Modell nach wirtschaftlicher Betrachtung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Stimmberechtigte Mitglieder Gesamt: 29		Anwesend: 26
Ja-Stimmen: 25	Nein-Stimmen: -	Enthaltungen: 1

Herr Scholz, Finanzausschussvorsitzender, verliest sein Statement, dem er voranstellt, dass es sich bei der Beschlussvorlage nicht um ein Misstrauensvotum gegen die Verwaltung handelt, sondern um Ziele und die Stadt ist völlig frei in dem Weg zu diesem Ziel.

Herr Herrmann schließt sich mit einem Statement an, ebenso wie Frau Heinrich, welche anschließend die namentliche Abstimmung beantragt.

Es folgen weitere persönliche Statements sowie eine Diskussionsrunde, in der verschiedene Standpunkte/Meinungen geäußert werden.

Abschließend äußert sich Herr Grund zu diesem Beschluss.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beauftragt den Bürgermeister:

1. eine Personalwirtschaftliche Konsolidierung durch Prozessoptimierung zu erarbeiten,
2. einen Haushaltsentwurf mit festem Eigenanteil (2,5 Mio €) für investive Maßnahmen vorzulegen,
3. die Begrenzung aller nicht-verpflichtenden Ausgaben auf das Niveau 2024 festzuschreiben,
4. die Deckelung des jährlichen städtischen Zuschusses (920.000 €) für das Kulturquartier zu veranlassen,
5. verpflichtende Wirtschaftlichkeits- und Folgekostenbetrachtungen bei Investitionen über 250.000 € in Zukunft durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Name, Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
Arlt, Jakob		x	
Bussert, Thies	x		
Butzki, Andreas		x	
Czollek, Christian	x		
Dr. Fiß, Thomas		x	
Dudziak, Kasten	-	-	-
Gaida, Lothar	x		
Hahn, Oliver		x	
Häusser-Nixdorf, Hagen	x		
Heinrich, Kerstin		x	
Henze, Martin		x	
Herrmann, Frank	x		
Hildebrandt, Thomas		x	
Kriewald, Mathias	x		
Lunkenheimer, Valentin	x		
Marschall, Christina		x	
Odebrecht, Max	x		
Pauly, Guido	x		
Petters, Andreas	x		
Poland, Christoph	-	-	-
Preuß, Daniela	-	-	-
Priebe, Daniel		x	
Roloff, Hubertus	x		
Scholz, Patrick	x		
Schüssler, Stella		x	
Siebeck, Andreas	x		
Supke, Kathleen		x	
Töllner-Lichterfeld, Carolin	x		
Zachmann, Sven	x		

Stimmberechtigte Mitglieder Gesamt: 29		Anwesend: 26	
Ja-Stimmen: 15	Nein-Stimmen: 11		Enthaltungen: -

**15 Wirtschaftliche und ökologische Ausgestaltung der
Straßensanierungsarbeiten in der Augustastraße**

VO(S)/2026/152

Herr Petters erläutert noch einmal den Beschluss (Grundtenor: vorhandenes Pflaster soll vorrangig wieder verwendet werden). Die hier genannten Varianten sollen dann im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau, auch unter Berücksichtigung der entstehenden Kosten besprochen werden.

Herr Petters bittet um folgende Ergänzung im Beschlussvorschlag:

Die Beschaffung neuer Pflastersteine soll ausschließlich insoweit erfolgen, wie dies aufgrund von unvermeidbarem Schwund, Bruch oder fehlender Stückzahlen **oder zur Einhaltung des Emissionsschutzes** zwingend erforderlich ist.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt, dass bei den Straßensanierungsarbeiten in der Augustastraße der vorhandene Pflasterbelag vorrangig wiederzuverwenden ist. Die vorhandenen Pflastersteine sind nach dem Aufnehmen der Straße, der Erneuerung des Unterbaus und der notwendigen Aufbereitung erneut einzusetzen, sofern deren Zustand und Menge dies zulassen.

Die Beschaffung neuer Pflastersteine soll ausschließlich insoweit erfolgen, wie dies aufgrund von unvermeidbarem Schwund, Bruch oder fehlender Stückzahlen zwingend erforderlich ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit o.g. Änderung zugestimmt

Stimmberechtigte Mitglieder Gesamt: 29		Anwesend: 26
Ja-Stimmen: 24	Nein-Stimmen: -	Enthaltungen: 2

Herr Grund informiert abschließend darüber, dass im gemeinsamen Arbeitsgespräch u.a. mit Stadtpräsidenten, Präsidium und Fraktionsvorsitzenden am 10.03.2026 u.a. über den MV-Plan gesprochen werden soll.

Stadtpräsident:

Bürgermeister

Protokollantin:

Max Odebrecht

Andreas Grund

Daniela Handl